

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 6 86 846 ppbr d

Inhalt

Dr. Uwe Holtz MdB macht kritische Anmerkungen zum Entwicklungspolitischen Jahresbericht: Von der Entwicklungshilfe zum Entwicklungsdiktat.

Seite 1

Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP fordert Schritte der EG gegen US-Interventionspolitik in Nicaragua: Die Schreibtischtäter sitzen in Washington.

Seite 3

Dr. Werner Holtfort MdL beleuchtet Berichterstattung zum „Asylantenproblem“: Das Asylrecht darf nicht angetastet werden.

Seite 4

Barbara Simons MdEP erläutert EKD-Stellungnahme zu Südafrika: Howes peinlicher Fehlschlag.

Seite 6

41. Jahrgang / 142

30. Juli 1986

Von der Entwicklungshilfe zum Entwicklungsdiktat

Die „Neuorientierung“ der Entwicklungspolitik nimmt alte Dogmen wieder auf

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Als Dokument der „Neuorientierung“ der deutschen Entwicklungspolitik stellt Jürgen Warnke, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, den „Entwicklungspolitischen Jahresbericht 1985“ vor, einer Neuorientierung, die im vergangenen Jahr eine „solide Grundlage“ erhalten habe. Worin aber besteht diese?

Mit Sicherheit jedenfalls nicht in der „Rekordhöhe“ der deutschen öffentlichen Entwicklungshilfe, die der Minister der Öffentlichkeit gegenüber immer wieder hervorhebt. Wenn Warnke es nämlich mit der „alten Tugend der Demut“, die er den Entwicklungspolitikern empfiehlt, selbst genau nähme, müßte er eingestehen, daß der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt - nach einem deutlichen Rückgang - mit 0,47 Prozent erst wieder das Niveau von 1981 erreicht hat. Und das, obwohl seit 1984 auch die Studienplatzkosten für Studenten aus Entwicklungsländern zur öffentlichen Entwicklungshilfe zählen.

Besteht die „Neuorientierung“ also eher darin, daß die Bundesregierung aus den Fehlern und Irrtümern der gesamten bisherigen Entwicklungspolitik gelernt, daß sie rasch und wirksam die Konsequenzen aus der Diskussion gezogen hat, die in Parlament und Öffentlichkeit in der letzten Zeit um Ziele und Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit geführt wurde? Fehlanzeige auch hier:

— Nach wie vor nichts hält diese Bundesregierung offensichtlich von der einstimmig erhobenen Forderung des Bundestages nach dem Aufbau einer „leistungsfähigen, gerechten und sozialen Weltwirtschaft“. Warnke verlangt demgegenüber

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2—10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12.0408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
for the publisher
Karl Dietrich Verlag



„mehr Respekt vor den Regeln der bestehenden Weltwirtschaftsordnung“ - kein Wort davon, wer diese Regeln aufgestellt hat und wem sie nutzen!

Nur konsequent ist es da, wenn der Jahresbericht erstmals deutlich feststellt, daß die Bundesregierung „globale Lösungsansätze“ für „ungeeignet“ hält. Noch im Vorjahr hieß es vorsichtiger, daß globale Verhandlungen „bisher“ nicht zustande gekommen seien.

Auch der Verhaltenskodex für Transnationale Unternehmen, an dessen Verabschiedung die Bundesregierung im letzten Jahresbericht „auch künftig konstruktiv“ mitzuarbeiten versprach, ist nun völlig in der Versenkung verschwunden - ein weiteres unauffälliges, aber deutliches Zeichen dafür, wohin die Reise geht.

- Die Bundesregierung „wendet sich gegen Versuche, den Ost-West-Gegensatz in die Dritte Welt hineinzutragen und unterstützt deshalb die Blockfreiheit der Entwicklungsländer“ - so hieß es noch vor einem Jahr. Bereits die neuen entwicklungspolitischen Grundlinien sicherten nur noch der „echten“ Blockfreiheit Unterstützung zu, und der Jahresbericht 1985 führt diese Neuorientierung fort. Nun ist es Aufgabe der Entwicklungspolitik, „in der Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Totalitarismus die Kräfte der Freiheit und des Friedens zu unterstützen“. Diese hohle Schwarz-Weiß-Rhetorik pervertiert allerdings zum Zynismus, wenn die Worte den Taten gegenübergestellt werden: dient etwa die regierungsamtliche Unterstützung für Togo und Zaire, wo Menschenrechtsverletzungen zum Alltag zählen, dem Kampf gegen den „Totalitarismus“?
- „Grundlage der Neuorientierung“, so heißt es im Jahresbericht, sei die „Erkenntnis“, daß Entwicklung nur durch die „Entfaltung der schöpferischen Kräfte“ des Menschen und der Völker möglich sei. Warum aber wird als „Erkenntnis“ ausgegeben, was selbstverständlich war und ist, daß nämlich die Menschen in der Dritten Welt den Weg der Entwicklung selbst bestimmen und erarbeiten müssen? Wirkt sich hier der konservative Hang zu einem philosophisch klingenden Jargon aus? Die entwicklungspolitischen „Grundlinien“ vom März dieses Jahres enthüllen den wahren Grund: die Voraussetzungen für diese Entfaltung, so heißt es dort, sind „am ehesten in einer stabilen rechtlichen und institutionellen Ordnung mit marktwirtschaftlichen Elementen und Leistungsanreizen gegeben“.

Mit anderen Worten: Kern der „Neuorientierung“ ist die stramme Ausrichtung allen entwicklungspolitischen Handelns nach dem ordnungspolitischen Dogma der „freien Marktwirtschaft“.

Diese Gleichsetzung von „mehr Marktwirtschaft“ und „mehr Entwicklung“ freilich erklärt dann auch, warum die soziale Gerechtigkeit, zu deren Förderung der Bundestag die Regierung ausdrücklich aufgefordert hat, außerhalb des Blickfelds dieses Jahresberichts bleibt.

Die „Neuorientierung“, von Warnke gepriesen, ist nichts anderes als der Rückfall auf längst überholt geglaubte Positionen der Modernisierungstheorie, die genau die Irrtümer und Fehlschläge mitverursacht haben, die Anlaß zur gegenwärtigen entwicklungspolitischen Diskussion geben.

Gerade weil Entwicklungspolitik, wie der Jahresbericht eigens betont, dem grundgesetzlichen Auftrag unterliegt, den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm zu wenden, sollte Warnke schleunigst seine Fehlorientierung korrigieren.

(-/30.7.1986/st/ks)

* * *



Die Schreibtischtäter sitzen in Washington

Die EG darf der US-Interventionspolitik nicht tatenlos zusehen

Von Heidemarie Wiczorek-Zeul MdEP
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Europaabgeordneten

Die Nachricht von der Ermordung der europäischen und nicaraguanischen Aufbauhelfer durch die Killer-Kommandos der Contras müssen die amtierende EG-Präsidentschaft zu einem geharnischten Protest gegen die Interventionspolitik der US-Administration veranlassen.

Die Gruppe der SPD-Europaabgeordneten hat gemeinsam mit der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament die britische Regierung aufgefordert, namens der 320 Millionen EG-Bürger der Reagan-Regierung deutlich zu machen, daß es die EG nicht hinnimmt, wenn in Nicaragua Europäer mit finanzieller und militärischer Unterstützung der USA ermordet werden. Die Schreibtischtäter, die Bernd Koberstein und seine Freunde auf dem Gewissen haben, sitzen in Washington. Die Contras sind ihre irre geleiteten Werkzeuge.

Bernd Koberstein arbeitete an einem von der EG mitfinanzierten Projekt: Mit einem EG-Zuschuß von 176.000 DM und Mitteln der Stadt Freiburg in Höhe von 150.000 DM wollte Bernd Koberstein mit anderen Entwicklungshelfern in Wiwili eine Wasserleitung bauen, um den Menschen in dieser Region das Leben zu erleichtern. Sie bezahlten dafür mit dem eigenen Leben. Wie acht andere früher.

Wir appellieren auch an unsere Kollegen im amerikanischen Kongreß. Sie fragen uns oft, was es mit dem Anti-Amerikanismus in Europa auf sich habe. Wir müssen ihnen leider antworten, daß sie ihre Augen nicht vor der Spur verschließen dürfen, die für die Weltöffentlichkeit sichtbar nach Washington führt. Wir bauen darauf, daß die besonnenen Politiker in den USA jetzt endlich die Kraft finden, der völkerrrechtswidrigen Handlungsweise Ihrer Regierung Paroli zu bieten. Denn diese Praxis ist es, die das Verhältnis Europa-USA immer mehr einer unerträglichen Belastung aussetzt. Die Aufgabe des deutschen Außenministers ist in dieser Situation: Er müßte seinen Gesprächspartnern in Washington klar machen, was wir alle wissen: In Wahrheit wird in Nicaragua kein Bürgerkrieg geführt, sondern dort findet eine von außen finanzierte Aggression gegen einen unabhängigen Staat und seine Regierung statt. Und Genscher müßte warnen, daß dieses Vorgehen der USA auch die Vorstöße Washingtons zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus vor aller Welt unglaubwürdig macht.

(-/30.7.1986/st/ks)



Das Asylrecht darf nicht angetastet werden

Die Zahl der Flüchtlinge ist weltweit angestiegen

Von Dr. Werner Holtfort MdL

Aufgrund der Erörterungen im Bundeskabinett in der vergangenen Woche soll Anfang September ein Gespräch zwischen Bundeskanzler, Ministerpräsidenten und den Fraktionsvorsitzenden aller Parteien über die Frage stattfinden, wie man die Zugänge von Asylbewerbern stoppen kann, die laut Bundesinnenminister Zimmermann „besorgniserregende Ausmaße“ angenommen haben. Die Bundesregierung sieht offenbar ihre Aufgabe darin, das Asylrecht um so einschneidender zu beschränken, als die Folterungen weltweit zunehmen: Je mehr Folter, desto weniger Asyl!

Nach den Zahlen von amnesty international nehmen allerdings Folterungen weltweit dramatisch zu; nach den Zahlen des Flüchtlingshochkommissariats der UN ist aber die Zunahme der Flüchtlingszahlen bei uns vergleichsweise ganz undramatisch. Dennoch ist die Asylfrage durch eine geschickte polemische Regie in den vergangenen Wochen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt worden.

Ob die vom Menschen entfesselte Atomkraft ihm dient oder ihn zerstört, diese in den Wochen nach Tschernobyl doch quälende Frage auf Leben und Tod ist plötzlich im öffentlichen Bewußtsein auf untergeordneten Rang verdrängt. „Christliche“ Politiker haben es geschickt verstanden, stattdessen eine neue Angst und zugleich den im deutschen Spießbürger latenten chronischen Haß auf Fremde zu aktivieren, dabei unterstützt von entweder wahlverwandten oder gedankenlosen Journalisten. „Asyltourismus“ „überschwemme unser Land“, „ein empfindliches Sicherheitsrisiko“, „bedrohlich“ schwellt „die Flut an“. Unser „luxuriöses Grundrecht“, jedermann „fast schon auf dem Tablett angeboten“, werde „wachsend“ mißbraucht. „Wie lange“ - so beispielhaft dieser Tage ein Leitartikel der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung - „wollen wir uns diese Ausnutzung unserer Gutmütigkeit oder Dummheit eigentlich noch gefallen lassen?“ Da doch „die Mehrzahl der Asylbewerber ... uns auf der Nase herumtanzen“!

Sicher, der Strom der Mitmenschen, die durch Folter und Todesdrohung aus Haus und Heimat, aus Beruf und Freundeskreis vertrieben werden, ist weltweit nach Angabe des Flüchtlingshochkommissariats der UN auf 20 Millionen angeschwollen. Er landet indes in den ärmsten Ländern: in Somalia ist jeder Vierte, in Jordanien jeder Fünfte, im Sudan jeder Zehnte ein Flüchtling! Zu uns kommt statt der erlogenen „Flut“ ein Rinnsal: Nicht einmal drei von Tausend. Weit, weit hinter selbst anderen Industrienationen wie zum Beispiel Schweiz, USA, Frankreich sind wir - neben Norwegen - Schlußlicht der Humanität.

Sogar wenn man den Zahlen des Bundesministers des Innern glaubt, käme auf 100 Bundesbürger weniger als ein Asylbewerber. Aber von den angeblich 600.000 Bewerbern sind infolge sehr restriktiver Gerichtspraxis bislang nur knapp 100.000 anerkannt worden. Was also ist „bedrohlich“, was bedroht uns? Die vom Bundesminister des Innern behaupteten Kosten für den Fiskus von über zweieinhalb Milliarden Mark jährlich?

Mißbräuche sind gewiß auch dabei - wenn man die Flucht nicht vor Folterknechten, sondern vor dem Hungertod als „Mißbrauch“ bezeichnen will. Es liegt in der Natur eines jeden Rechtes, daß es auch mißbraucht werden kann. Besonderheit ist hier allein, daß stets dieselben christdemokratischen Politiker - ob die Herren Albrecht, Dregger, Spranger, Strauß - angesichts wirklichen oder angeblichen Rechtsmißbrauchs ohne Verzug nach Gesetzesänderung immer nur dann rufen, wenn es sich um Menschenrechte handelt wie zum Beispiel Asyl, Versammlungsfreiheit oder faires Strafverfahren. Wenn hingegen massenhaft Ärzte ihre Abrechnungsbefugnisse, Wirtschaftler das Subventionssystem, Kapitalisten Steuerersparnischancen mißbrauchen, dann will man nur „einige schwarze Schafe“ wahrhaben, die keinerlei gesetzliche Kontrollmechanismen rechtfertigen.

Politische Verfolgung und die Reaktion darauf sind freilich ein dunkles Kapitel unserer Geschichte. Die deutsche Obrigkeit der letzten zwei Jahrhunderte hat selbst Hunderttausende in die Flucht ge-



trieben, 48er-Revolutionäre, Elsässer, Lothringer, Südpolen, Sozialisten, Hitlergegner und Juden. Sogar als die Bitternis des Naziterrors den Parlamentarischen Rat veranlaßte, das Recht auf Asyl in der Verfassung zu verankern, gab es christ-demokratische Bedenken: Asyl solle nur bekommen, wer wegen „Eintretens für Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Weltfrieden politisch verfolgt“ werde. Dazu damals der Vorsitzende des Ausschusses für Grundsatzfragen:

„Nimmt man eine solche Beschränkung auf, dann kann die Polizei an der Grenze machen, was sie will. Es ist dann erst eine Prüfung notwendig, ob die verfassungsmäßigen Voraussetzungen des Asylrechts vorliegen oder nicht... Damit wird das Asylrecht vollkommen unwirksam... Man kann das Asylrecht nur halten, wenn man die Bestimmung ganz einfach und schlicht faßt: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

Dennoch wird heute mit eiserner Stirn behauptet (so der schon erwähnte Leitartikel), der fragliche Artikel 16, „diese schöne, idealistische Verfassungsbestimmung“, sei nur „eine noble Geste, die auch heute noch Respekt verdient“, doch wer sie „retten will, muß alles daran setzen, der wachsenden Flut ein Ende zu bereiten“. Soll heißen, bei Schönwetter kann man das Grundrecht stehen lassen, wird es aber im Ernstfall benötigt, weil Millionen gefoltert werden, so müsse man es schon aushöhlen - eine Methode, die anderwärts, zum Beispiel bei dem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung bereits erfolgreich probiert wurde.

In der Tat unterschieden die Unionsparteien von Beginn an politische Flüchtlinge danach, ob sie ins ideologische Feindbild paßten: Wer aus Ostblockstaaten oder Vietnam flieht, findet offene Arme, wer der Folter aus Militärdiktaturen zu entkommen sucht, stößt auf verschlossene Türen. Vor gut einem Jahrzehnt schon verweigerten CDU-Länder denen die Aufnahme, die Pinochets Torturen entwichen waren. Und auch Kurden, Yeziden, Armenier, Syrisch-Orthodoxe und türkische Gewerkschafter können ein Lied davon singen.

Einige Strophen daraus müßten allerdings auch SPD-Parlamentarier der 9. Wahlperiode reuig stimmen. Denn als der immer stärkere Druck der Militärjunta in Ankara auf ethnische, religiöse und politisch-oppositionelle Minderheiten den Anteil der Flüchtlingszahlen auf 80 Prozent aus Kleinasien vermehrte, reagierte die sozial-liberale Koalition auf den wachsenden Türkenhaß des „gesunden Volksempfindens“ mit dem auch vom Bund Deutscher Verwaltungsrichter vernichtend kritisierten Asylverfahrensgesetz vom 1. August 1982, das von erfahrenen Praktikern als „gnadenlos“ bezeichnet wurde. Und flankierend dazu begannen menschenrechtswidrige „einzigermaßen abschreckende Maßnahmen“ (so der Hohe Kommissar für das Flüchtlingswesen in der Bundesrepublik) Asylbewerber zurückzuschrecken zu versuchen. Auf diese Weise wurden - um letztmals unseren Leitartikel zu zitieren - „Hunderttausende von Türken... erfolgreich abgewehrt. Stattdessen melden sich nun aber in Massen Asiaten und Afrikaner, die nicht die geringste Beziehung zur Bundesrepublik haben, und diesem Andrang aus fernen Ländern stehen wir wehrlos gegenüber.“

Hier zeigt sich die rassistische Wurzel der jetzt akuten Ausländerfeindlichkeit. Und es zeigt sich, auf welchem fruchtbaren Boden die ausländer- und namentlich asylfeindliche Propaganda „christlicher“ Politiker führt. Daß ein Neuköllner Sportplatz vorübergehend als Notlager einiger hundert vor allem persischer Familien mit Kindern dient, hat nicht nur zum Versuch geführt, das Übernachtungszeit darauf nächtens mit einer Leuchtrakete in Brand zu setzen, sondern auch zu feindseligen Resolutionen von Anwohnern, zu Anrempelungen, Prügeln, zum Teil mit Baseballschlägern und Stahlrohren. Telefonische Anrufe in die Berliner Amtsstuben verlangen, die „Kanaken abzustechen, nieder zu brennen oder zu ersäufen“. Kann es denn die Aufgabe von Politikern sein - Wahlkampf hin oder Wahlkampf her - mit Angstmache vor der „bedrohlichen Flut“ den glimmenden Ausländerhaß derart zu entfachen? Oder ist es nicht vielmehr staatsmännische Pflicht, die Glut sozial negativer Nationaleigenschaften auszutreten, um Recht und Verfassung durchzusetzen, auch wo das unpopulär ist?

Auch von SPD-Kommunalpolitikern hört man heute mitunter Töne, die nicht gerade asylrechtsfreundlich klingen. Dennoch ist die SPD - neben den für das Grundrecht engagierten Grünen - als stärkste Oppositionsfraktion unsere große Hoffnung, daß sie jeder Manipulation an der Verfassung widersteht.

(-/30.7.1986/st/ks)

Howes peinlicher Fehlschlag

„Heilsamer Druck“ durch EKD-Stellungnahme?

Von Barbara Simons MdEP

Die Gespräche des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe, der sich im Auftrag der Europäischen Gemeinschaft eine Woche lang im südlichen Afrika aufgehalten hat, haben keine positiven Ergebnisse gebracht. Die Reise ist ein peinlicher Fehlschlag. Was glaubte Howe eigentlich erreichen zu können?

Es war zu erwarten, daß die Regierung Botha keine Dialogbereitschaft zeigen würde. Die Träger des südafrikanischen Widerstandes haben daher in den Bemühungen Howes auch keinen Sinn sehen können und ein Treffen mit ihm abgelehnt. In der Tat müssen die Versuche, die südafrikanische Regierung auf diplomatischem Weg zur Umkehr zu bewegen, als völlig sinnlos und gescheitert angesehen werden. Es bleibt einzig die Feststellung, daß die EG und die Mitgliedstaaten mit ihrer Sanktionsverhinderungspolitik Zeit geschunden und so den Rassisten in Südafrika wieder einmal den Rücken gestärkt haben. Wir stehen damit erneut vor einer beschämenden Niederlage der europäischen Südafrika-Politik.

Der Bürgerkrieg in Südafrika weitet sich täglich in erschreckender Weise aus. Es ist unerträglich, daß die europäischen Staaten daran mitschuldig sind durch die fortdauernde materielle Unterstützung für das Regime und durch politische Untätigkeit. Die EG und die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, die Kolaboration mit Pretoria einzustellen und endlich verbindlichen politischen und ökonomischen Druck auf Botha auszuüben, damit Schluß gemacht wird mit dieser rassistischen Minderheits Herrschaft, die eine Schande für die gesamte Menschheit darstellt.

Der Untätigkeit des EG-Ministerrats muß der entschlossene Wille entgegengesetzt werden, für sofortige Maßnahmen gegen das Apartheid-Regime und für Hilfsmaßnahmen für die Menschen in Südafrika einzutreten. Dies fordert das südafrikanische Volk von uns, dies klagen die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas seit langem ein.

Bundeskanzler Kohl gehört zu den Hauptbremsern einer fortschrittlichen Südafrika-Politik der EG. Die Bundesregierung ist in ihrer hardliner-Position weitgehend isoliert und muß weiter starkem Druck ausgesetzt werden. Heilsamer Druck könnte von der Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland ausgehen, die jetzt veröffentlicht wurde. Die EKD zeigt mit ihrer abwägenden Argumentation deutlich auf, daß die bisherige Südafrika-Politik gescheitert ist. Sie fordert daher von der Bundesregierung sowie den Parteien, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften politische und wirtschaftliche Einflußnahme. Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament und die SPD sind sich mit der EKD einig, daß es nicht darum gehen kann, Strafaktion zu verhängen, sondern mit gezielten Maßnahmen auf das Ziel des politischen Wandels in Südafrikas hingewirkt werden muß. Dieses Ziel kann nur die Abschaffung der Apartheid sein.

Die Stellungnahme des Rates der EKD ist zu begrüßen. Die Bundesregierung wäre gut beraten, sich die darin enthaltenen Forderungen zu eigen zu machen. Für diplomatisches Geplänkel ist die Zeit längst abgelaufen.

(-/30.7.1986/st/ks)

* * *

